Vor 73 Jahren, am 2. September 1945, endete mit Japans Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde der Zweite Weltkrieg in Ost- und Südostasien – seine Erblasten sind indes längst nicht abgetragen. Von **Rainer Werning**[*].

> „Im Herbst 1940, als die japanischen Faschisten in Indochina eindrangen, um es als Stützpunkt im Krieg gegen die Alliierten zu benutzen, verrieten die französischen Kolonialherren unser Land, gaben es in die Hände der Eroberer und kapitulierten vor Japan. Seitdem hat unser Volk unter dem doppelten japanisch-französischen Druck zu leiden. Das verschlechterte die ohnehin jammervolle Lage des Volkes. Ende 1944 und Anfang 1945 starben in weiten Gebieten, von Quang Tri im Süden bis zum Norden des Landes, über zwei Millionen unserer Landsleute an Hunger. Am 9. März 1945 entwaffneten die Japaner die französischen Truppen. Und wieder sind die französischen Kolonialherren geflohen, oder sie haben vor den Japanern kapituliert. So vermochten sie nicht nur nicht, uns zu ‚schützen', sondern sie verkauften im Gegenteil unser Land im Laufe von fünf Jahren zweimal an die Japaner. (…) De facto hat unser Land im Herbst 1940 aufgehört, französische Kolonie zu sein; es wurde zu einer japanischen. Nach der Kapitulation Japans stand das ganze Volk unseres Landes auf, nahm die Macht in seine Hände und gründete die Demokratische Republik Vietnam. So haben wir eigentlich unsere Freiheit und Unabhängigkeit den Japanern und nicht den Franzosen entrissen."

Auszug aus der Unabhängigkeitserklärung von Ho Chi Minh am 2. September 1945 in Hanoi anlässlich der Gründung der Demokratischen Republik Vietnam

> „Wir haben uns geirrt, schrecklich geirrt. Menschen können sich irren. Ich gebe mit schmerzhafter Offenheit und schweren Herzens zu, dass dieser Gemeinplatz, bezogen auf Vietnam, auch auf mich und die amerikanische Führungselite meiner Generation zutrifft."

Robert McNamara, von 1960 bis 1968 US-Verteidigungsminister und später Weltbank-Präsident, 1995 in seinem Memoirenband „In Retrospect: The Tragedy and Lessons of Vietnam"

Kolonien werden unabhängig

Am 14. August 1945, wenige Tage nach den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki, nahm der japanische Kaiser Hirohito seine Kapitulationsrede auf, die am nächsten Tag im Radio ausgestrahlt wurde. Am 2. September schließlich kam es auf dem in der Sagami-Bucht vor Tokio ankernden US-Schlachtschiff *USS Missouri* offiziell zur Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde. Japans politische und militärische Führung, die Ost-, Südostasien und zahlreiche Inseln im Pazifik mit Krieg und Zerstörung überzogen hatte, musste fortan den Befehlen des Siegers USA gehorchen. Widerwillig und mit Abscheu, wie die Gesten des Oberbefehlshabers der japanischen Armee, General Umezu Yoshijiro, verrieten. Bevor er zusammen mit Außenminister Shigemitsu Mamoru seine Unterschrift unter die Kapitulationsurkunde setzte, räusperte und schnäuzte er sich mehrfach und laut. Ein Benehmen, das in Ostasien als ungebührlich und zutiefst unmanierlich gilt.

Große Jubelfeiern prägten am 15. August 1945 in zahlreichen Städten Asiens das Bild. Das japanische Kolonialjoch war abgeschüttelt, und die früheren westlichen Kolonialherren hatten sich als zutiefst verwundbar erwiesen. Grund genug für die vielschichtigen – bewaffneten und politischen – antikolonialen Organisationen, Partisanengruppen und Parteien, auf ein Ende äußerer Bevormundung zu drängen und die Unabhängigkeit ihrer Länder anzustreben. Denen das als erste gelang, waren Indonesien und Vietnam.

Im Gegensatz etwa zu Birma (dem heutigen Myanmar) und den Philippinen hatte Tokio ursprünglich keine „Unabhängigkeit“ für Indonesien vorgesehen. Erst in der Spätphase des Krieges versuchten die Japaner, das riesige Inselreich auch weiterhin zu kontrollieren, indem sie den zunächst kooperationswilligen, später auf Distanz zu Tokio gegangenen Führern der Unabhängigkeitsbewegung, Sukarno und Mohammad Hatta, die staatliche Souveränität in Aussicht stellten. Darum ging es noch kurz vor der Kapitulation, als Sukarno und Hatta am 9. August 1945 von den Japanern nach Vietnam geflogen wurden, um dort mit ranghohen japanischen Militärs zusammenzutreffen. Am 14. August kehrten die beiden indonesischen Politiker nach Batavia (Jakarta) zurück, wo sie am 17. August 1945 die Unabhängigkeit der freien Republik Indonesien ausriefen. Die Niederlande erkannten Indonesien allerdings erst Ende Dezember 1949 als souveränen Staat an, nachdem sämtliche Versuche fehlgeschlagen waren, die Inseln mit Waffengewalt zurückzuerobern.

Just an dem Tag, da Japan seine Kapitulationsurkunde unterschreiben musste, am 2. September 1945, ging in Vietnam die *Viet Minh* (Liga für die Unabhängigkeit Vietnams), die als Bündnis antikolonialer, nationalistischer und kommunistischer Kräfte sowohl gegen die Franzosen als auch gegen die Japaner gekämpft hatte, in die politisch-diplomatische Offensive. Nachdem am 18. August ein Nationaler Volkskongress der *Viet Minh* den allgemeinen Aufstand, die „Augustrevolution”, beschlossen hatte, verkündete Ho Chi Minh

am 2.September die Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Vietnam. Die *Viet Minh* hatte geschickt ein kurzzeitiges Machtvakuum genutzt und setzte auf die Unterstützung der Alliierten. Die Anfangspassagen der Unabhängigkeitserklärung orientierten sich stark am US-amerikanischen Vorbild. Doch Frankreich kämpfte hartnäckig um die Wiederherstellung seiner politischen und ökonomischen Macht. Seine Niederlage in der Schlacht von Dien Bien Phu im Frühjahr 1954 und weltweite Proteste gegen den Krieg führten am 20./21. Juli zur Unterzeichnung der Genfer Indochina-Abkommen. Diese beendeten vorerst die Kampfhandlungen, brachten aber nicht die Unabhängigkeit und Einheit Vietnams. Das sollten allgemeine, freie Wahlen im Jahre 1956 besiegeln. Bis dahin wurde entlang des 17. Breitengrads eine militärische Demarkationslinie gezogen, die das Land faktisch teilte. Während Hanoi auf die Durchführung der in den Genfer Abkommen festgelegten allgemeinen Wahlen drängte, lehnte Saigon diese rundweg ab – aus Furcht vor einem Wahlsieg Ho Chi Minhs. Zu Beginn der 1960er Jahre war die Chance einer friedlichen Wiedervereinigung vertan und der innervietnamesische Konflikt durch die West-Ost-Blockkonfrontation internationalisiert worden.

Korea und Vietnam – Teilung und Krieg

Vor allem in der früheren japanischen Kolonie Korea bejubelten die Menschen überschwänglich das Ende des Krieges. Dort hoffte man, nunmehr endlich in Freiheit und Selbstbestimmung leben zu können. Die in den Untergrund gedrängte antijapanische Opposition aus Nationalisten, Konservativen und Kommunisten konnte jetzt öffentlich und legal wirken. Aus ihren Reihen waren in sämtlichen Landesteilen örtliche Volkskomitees als Träger eines demokratischen Neubeginns entstanden. Am 6. September 1945 tagte die Repräsentativversammlung dieser Komitees in der Hauptstadt Seoul. Wichtigstes Konferenzergebnis war die Bildung einer gesamtnationalen Regierung der Volksrepublik Korea. Diese Republik hatte allerdings zwei Geburtsfehler: ihr blieb internationale Anerkennung versagt, und sie war kurzlebig.

Bereits vor der Kapitulation Japans hatten sich die USA und die Sowjetunion darauf verständigt, die koreanische Halbinsel entlang des 38. Breitengrads in zwei Besatzungszonen aufzuteilen und zunächst treuhänderisch zu verwalten. Im Norden hatte die Rote Armee und im südlichen Teil hatten die USA das Sagen. Am 8. September 1945 landete die 7. US-Infanteriedivision in Incheon an der Westküste Koreas. Die Besatzungstruppen unter Führung von General John R. Hodge ignorierten die gerade gebildete Regierung der Volksrepublik Korea und installierten stattdessen die U.S. *Army Military Government in Korea* (USAMGIK) als einzig legitime Regierung. Da keines ihrer Mitglieder Koreanisch sprach, lehnte die Mehrheit der Bevölkerung diese Regierung rundweg ab und sah ihre gerade erst wiedergewonnene Freiheit durch die amerikanische

„Befreiung“ gefährdet.

Als Mitte November 1945 ein Kongress der Volksrepublik es ablehnte, sich selbst aufzulösen, erklärte General Hodge ihn kurzerhand für ungesetzlich. Auf Initiative der *USAMGIK* konstituierte sich Mitte Februar 1946 ein so genannter Parlamentarischer Demokratischer Rat, dessen Vorsitzender der eigens aus den USA eingeflogene Exil-Koreaner Dr. Rhee Syngman wurde. Obgleich Rhee die koreanische Nachkriegsrealität nicht kannte, wurde er mit US-amerikanischer Rückendeckung zum Chef der vormals mit den Japanern kollaborierenden Kräfte – Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Staatsbürokraten – aufgebaut. Selbst Mitglieder der *USAMGIK* äußerten offen Kritik am autoritären Regierungsstil Rhees.

Im September 1946 erließen die amerikanischen Behörden Haftbefehl gegen namhafte kommunistische Führer. Diese setzten sich daraufhin in den nördlichen Landesteil ab. Wenig später kam es im Süden zu gewaltsamen Protesten, die von US-Truppen und rechten paramilitärischen Schlägertrupps niedergeschlagen wurden. Auslöser dieses als „Hungerrevolte“ in die Geschichte eingegangenen Aufstandes waren die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse; überall im Lande mangelte es an Nahrungsmitteln, Kleidung und Unterkünften. Protest und Widerstand gegen diese miserable Lage wurden ausgerechnet von Polizeikräften unterdrückt, die von den Japanern ausgebildet und nunmehr der US-Oberaufsicht unterstellt waren.

Die sowjetische Besatzungsmacht im nördlichen Landesteil unter Generaloberst Terenti F. Schtykow ließ die Volkskomitees gewähren und protegierte die antijapanische Partisanentruppe um Kim Il-Sung, eine unter damals mehreren. Im Frühjahr 1946 setzte der Norden ein sozialpolitisches Signal, als eine weitreichende Bodenreform über 700.000 besitzlosen Bauernfamilien zu Landbesitz verhalf. Dieses Land hatte früher Großgrundbesitzern gehört, die aber in den Süden geflohen waren. Für Kim war dies zweifellos ein großer Legitimationsgewinn, zumal eine ähnliche Reform im Süden der Halbinsel ausblieb.

Da sich im Nachbarland China bereits ein Sieg der von Mao Tse-tung geführten Kommunistischen Partei abzeichnete, lag Korea unmittelbar an der Nahtstelle des Kalten Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion. Am 15. August 1948 konstituierte sich im Süden der Halbinsel mit US-amerikanischer Hilfe die Republik Korea. Am 9. September 1948 zog der Norden nach und rief – mit sowjetischer Unterstützung – die Demokratische Volksrepublik Korea aus. Damit war die Teilung des Landes besiegelt. In den Hauptstädten Seoul und Pjöngjang ertönte schrille Propaganda, die Einheit notfalls gewaltsam zu erzwingen. Bewaffnete Provokationen beider Seiten an der Demarkationslinie entlang des

38. Breitengrads häuften sich. Und am 25. Juni 1950 überschritten nordkoreanische Truppen und Panzerverbände die Demarkationslinie. Wenige Tage später nahmen sie die südkoreanische Metropole Seoul ein und stießen rasch bis zur südlichen Hafenstadt Pusan vor.

General Douglas MacArthur, Oberkommandierender der US-Streitkräfte im Fernen Osten und gleichzeitig Kommandeur der von den Vereinten Nationen entsandten, von 15 Ländern gestellten Truppen, holte zur Gegenoffensive aus. Als diese den Yalu erreichte, den Grenzfluss zwischen Nordkorea und der Volksrepublik China, schickte Mao Tse-tung so genannte Freiwilligenverbände an die Front. General MacArthur drohte daraufhin gemeinsam mit Generalskollegen in der *U.S. Air Force* mit dem Einsatz von Atombomben, um die grenznahen chinesischen Städte zu „pulverisieren". Das ging der Truman-Regierung in Washington doch zu weit: Aus Furcht davor, die Dinge könnten aus dem Ruder geraten und die Gefahr eines Dritten Weltkrieges heraufbeschwören, musste MacArthur demissionieren.

Drei Jahre dauerte dieser Krieg, in dem die Frontverläufe mehrfach wechselten und in dessen Verlauf die modernsten Waffen eingesetzt wurden, darunter Napalm, bakteriologische, Milzbrand erregende Mittel. Erst nach zähem diplomatischen Ringen kam es am 27. Juli 1953 in dem unwirtlichen Ort Panmunjom auf der Höhe des 38. Breitengrads zum Waffenstillstandsabkommen. Unterzeichnet wurde es lediglich von Nordkorea, der Volksrepublik China und den US-amerikanischen Generälen William K. Harrison und Mark W. Clark im Auftrag der Vereinten Nationen. Südkoreas Präsident Rhee Syngman weigerte sich nicht nur, das Abkommen zu unterschreiben. Er wollte den Krieg fortsetzen. Erst als die US-Regierung einem bilateralen Sicherheitspakt zustimmte, ihr in Südkorea stationierter Oberbefehlshaber auch die Kommandogewalt über die südkoreanischen Truppen übernahm und der südkoreanischen Seite beträchtliche Wirtschafts-, Finanz- und Militärhilfe in Aussicht gestellt wurden, erklärte sich auch Rhee bereit, die Waffenstillstandsklauseln zu respektieren.

Bis heute ist die koreanische Halbinsel durch eine 240 Kilometer lange sogenannte „entmilitarisierte Zone" gespalten. Ein Euphemismus ohnegleichen: Tatsächlich stehen sich dort noch heute eine Million Soldaten gegenüber, darunter im Süden zirka 28.500 US-amerikanische GIs. Während ebenfalls bis heute diplomatische Beziehungen zwischen dem einstigen Aggressor Japan und Nordkorea ausstehen, sorgte ausgerechnet der ehemalige Leutnant Okamoto Minoru im Dienste des japanischen Kaisers für eine „Aussöhnung" zwischen Seoul und Tokio, als er 1965 den „Normalisierungsvertrag" zwischen beiden Ländern unterzeichnete. Ex-Leutnant Okamoto Minoru war der südkoreanische General Park Chung-Hee, Seouls „starker Mann" von 1961 bis 1979. Als Kollaborateur der Japaner

hatte er deren Kaiser Hirohito einst geschworen, „wie eine Kirschblüte im Heiligen Krieg für die Errichtung der Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre und in Verteidigung des odo rakudo (Reich des Rechten) zu fallen“.

In der Republik Vietnam (Südvietnam) waren die USA in die Fußstapfen der japanischen und französischen Kolonialisten getreten und hatten dort direkt die Kriegführung übernommen, nachdem Anfang August 1964 ein angeblicher Angriff nordvietnamesischer Kriegsschiffe auf einen amerikanischen Zerstörer in internationalen Gewässern, die sogenannte Tongking-Affäre, den Krieg ausweitete. Auf dessen Höhepunkt kämpften nahezu eine Million vietnamesische Soldaten und Milizionäre sowie knapp 550.000 GIs gegen die nordvietnamesische Volksarmee und südvietnamesische Partisanenverbände. US-Kampfbomber warfen bei Luftangriffen in Indochina knapp acht Millionen Tonnen Bomben ab, das Vierfache der Bombenmenge, die während des Zweiten Weltkriegs über Europa abgeworfen wurde. Der Krieg zog auch die Nachbarstaaten Kambodscha und Laos in Mitleidenschaft und kostete über 3,5 Millionen Menschen das Leben. Weit mehr Menschen wurden verwundet und verkrüppelt. Entlaubungsaktionen mit „Agent Orange“ und Flächenbombardements mit Napalm zwangen Millionen Menschen, in die Städte zu fliehen. Am 27. Januar 1973 wurde zwar im Abkommen von Paris das Ende des Krieges vereinbart. Doch noch zwei erbitterte Kampfjahre vergingen, bis Saigon kapitulierte und die letzten US-amerikanischen Staatsbürger mit Hubschraubern außer Landes geschafft wurden. Wie in Korea zwei Jahrzehnte zuvor, hatte ein weiterer imperialer Nachfolgekrieg des Zweiten Weltkriegs die Länder Vietnam, Kambodscha und Laos in Schutthaufen verwandelt.

Wohlwollender Umgang mit dem Aggressor

Um die Sowjetunion und die am 1. Oktober 1949 unabhängig gewordene Volksrepublik China in Schach zu halten und den „Vormarsch des Kommunismus in Asien“ einzudämmen, war Washington auf Japan als Verbündeten im Osten ebenso angewiesen wie im Westen auf die Bundesrepublik Deutschland. Von den USA militärisch protegiert, mit Wirtschafts- und Finanzhilfen großzügig ausgestattet, konnte Japan schrittweise wieder eine Machtposition in Ost- und Südostasien erlangen.

Unter dem Besatzungsregime US-Generals Douglas MacArthur, des Oberkommandierenden der US-Streitkräfte im Fernen Osten, wurde Japan nach seiner Kapitulation am 2. September 1945 von der Außenwelt abgeriegelt: Die japanische Währung, der Yen, war nicht konvertierbar und den Japanern waren Auslandsreisen untersagt. Das Import- und Exportgeschäft des Landes blieb eine Domäne der USA. Politisch setzte MacArthur eine nach US-amerikanischem Vorbild geschaffene Verfassung durch, die am 7. Mai 1947 in Kraft trat. Deren Kernpunkte: die Kompetenzen des Kaisers wurden beschnitten und der

Artikel 9 verbot jegliche Wiederaufrüstung des Landes.

Glimpflich kamen die Architekten des japanischen Militarismus davon. Eine mit Deutschland vergleichbare „Entnazifizierung", wie halbherzig diese auch durchgeführt worden war, gab es nicht einmal ansatzweise. Das Alliierte Kriegsgericht für den Fernen Osten, vergleichbar dem Nürnberger Tribunal, verhängte Ende 1948 gegen sieben vormals hochrangige Politiker und Militärs die Todesstrafe durch den Strang. Kaiser Hirohitos Verantwortung für und seine Verstrickung in Japans imperiale Politik blieben tabuisiert, obgleich schwere Vorwürfe gegen den Tenno erhoben wurden. Washington ging es weniger um die öffentliche Demontage Hirohitos, als vielmehr um die Entflechtung von Mythos und Authentizität. Per Direktive wurde der Staats-Shinto („Weg der Götter") verboten, der von der Existenz einer mystisch verklärten nationalen Großfamilie unter Führung des Kaisers ausging und keine Trennung zwischen mythischer und authentischer Geschichte duldete.

Ähnlich dem für Europa entworfenen Marshallplan wurde für Japan ein umfassendes Aufbau- und Wirtschaftshilfeprojekt entworfen, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. (Arbeiterstreiks, die bereits seit 1946 auf einen grundlegenden Wandel in Gesellschaft und Politik abzielten, wurden von den Besatzungstruppen niedergeschlagen. Am 1. Februar 1947 war ein Generalstreik gewaltsam aufgelöst und im Juli 1948 das generelle Streikverbot im öffentlichen Dienst durchgesetzt worden.) Die Parität der Landeswährung, des Yen, wurde gegenüber dem Dollar mit 360 zu eins festgesetzt. Eine Niedrigzinspolitik stattete die Großunternehmen mit benötigten Krediten aus. „Da die japanische Wirtschaft nach ernsthaften Zerstörungen (…) neu beginnen mußte, mußten die Finanzierungskosten für die Industrie so niedrig wie möglich gehalten werden. Wäre eine freie Zinsbildung erfolgt, so wären die Kapitalkosten sehr hoch gewesen, da die auf dem Markt verfügbaren Gelder begrenzt und die Nachfrage sehr groß war". (Asami 1972: S. 52) Die Großbanken, die in der Vorkriegsperiode als Schaltstellen der Oligopole fungiert hatten, wurden nicht angetastet und die früheren Wirtschaftsimperien weder entflochten noch demontiert. Mittels niedrig verzinster Kredite im Zuge einer staatlich gelenkten Billig-Geldpolitik vermochten die notorisch hochverschuldeten, mit einer vergleichsweise dünnen Eigenkapitaldecke ausgestatteten Unternehmen qua eigener Konzernbanken ihre alten Stellungen zu behaupten. Nach *Capital International Perspective*, einer im Dezember 1971 in Zürich publizierten Aktienanalyse, betrug das Eigenkapital von 742 namhaften japanischen Gesellschaften außerhalb des Finanzsektors, deren Aktien an der Tokioter Börse gehandelt wurden, nur 19,4 Prozent der gesamten Bilanzpassiva. Zum Vergleich: Bei US-amerikanischen und britischen Gesellschaften lag dieser Anteil über 46 Prozent.

Ökonomisch profitierte Japan zudem vom Koreakrieg. Das militärische Engagement der USA in Korea stimulierte die Rekonstruktion und Expansion des japanischen Kapitalismus. Die

damals von Ökonomen als „Korea-Boom" charakterisierte Phase des konjunkturellen Aufschwungs, des „Wirtschaftswunders", war Ausdruck der sprunghaft gestiegenen US-Nachfrage nach japanischen Produkten. Die Gesamtsumme der japanischen Sonderbeschaffungen im Zuge des Koreakrieges betrug zwischen 1951 und 1957 nahezu vier Milliarden Dollar. 1952, als die Einnahmen aus dem Sonderbedarf mit umgerechnet 750 Millionen Dollar ihren Höhepunkt erreichten, machte allein der Anteil des Sonderbedarfs über 40 Prozent des gesamten japanischen Exportvolumens aus. Schon kurz nach Beginn des Koreakrieges (Sommer 1950) waren die Aktienkurse der japanischen Großbetriebe um durchschnittlich 200 Prozent angestiegen.

Rascher als erwartet setzte Washington alle Hebel in Bewegung, um mit Japan zu einem geregelten Modus vivendi zu gelangen, der die Souveränität des Landes wieder herstellte und dessen Rolle als Prellbock gegen den Kommunismus in Ostasien im Rahmen westlicher Sicherheitsinteressen festigte. Am 8. September 1951 wurde der Friedensvertrag mit Japan in San Francisco unterzeichnet, der am 28. April 1952 in Kraft trat. In diesem Vertrag blieb die Regelung japanischer Reparationszahlungen unberücksichtigt. Die Verlegung eines Großteils der zuvor in Japan stationierten US-amerikanischen Truppen nach Korea führte zur Schaffung einer Nationalen Polizeireserve, die mit 75.000 Mann den Grundstock einer künftigen Armee bildete. Bereits ein Jahrzehnt später, im Jahre 1962, betrug die Stärke der in Japan sogenannten *Jieitai* (Selbstverteidigungsstreitkräfte) 244.000 Mann. Eingebettet waren diese in ein militärisches Dreierallianz-System, dem neben den USA und Japan noch Südkorea angehören.

Mit Militärausgaben in Höhe von umgerechnet 30 Milliarden Dollar rangierte Japan 1990 bereits weltweit an dritter Stelle und nimmt in Asien die Spitzenstellung ein. Sollte Tokio den Artikel 9 der Nachkriegsverfassung weiter aushöhlen (mittlerweile wird er bereits im Sinne einer „kollektiven Verteidigung" ausgelegt), was konservative und ultrarechte Politiker als längst überfällige „Japanisierung" und „Überwindung des Selbsthasses" propagieren, wäre nur noch ein Tabu zu brechen – nämlich der Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht.

„Befriedung" und Comeback der Eliten

In den Philippinen wurde nach dem Krieg die schlagkräftigste antijapanische Widerstandsorganisation, die *Hukbalahap*, von der alten und neuen Kolonialmacht USA illegalisiert und bekämpft. Da die *Hukbalahap* nicht für den Austausch von Besatzern gekämpft hatte, führte sie ihren Kampf im Untergrund weiter und benannte sich in Volksbefreiungsarmee, *Hukbong Mapagpalaya ng Bayan* (kurz: HMB), um. Erst Mitte der 1950er Jahre – nach erbitterter „Aufstandsbekämpfung", politischer Kooptation und

Zuteilung von Land an ehemalige Huk-Kämpfer auf der Südinsel Mindanao – gelang es Manila, die HMB militärisch zu besiegen.

Die während des Krieges von US-Präsident Roosevelt gegebene Zusage, alle Filipinos, die Seite an Seite mit den GIs gekämpft hätten, erhielten nach Kriegsende Entschädigungen und würden wie ihre amerikanischen Kampfgefährten in den Genuss einer Krankenversicherung und Rente kommen, wurde nicht eingehalten. Bereits Anfang 1946 passierte den US-amerikanischen Kongress ein Gesetz, das diesen Gleichheitsgrundsatz ausdrücklich nicht anerkannte. Mehr noch: Eine von der Truman-Regierung zugesagte Nothilfelieferung von ursprünglich 620 Millionen US-Dollar wurde im US-Senat um 100 Millionen Dollar abgesenkt. Und die von der *U.S.-Philippine War Damage Corporation* ursprünglich in Aussicht gestellten 1,25 Milliarden Dollar an Reparationszahlungen flossen nicht in voller Höhe. Als die *War Damage Corporation* 1950 ihren Betrieb einstellte, hatte sie lediglich 388 Millionen Dollar an private Antragsteller ausgezahlt, die meist enge Kontakte zur Regierung in Manila unterhielten.

Das ebenfalls 1946 in Kraft getretene Philippinische Handelsgesetz oder der *Bell Trade Act* garantierte sogar *parity rights*. So genossen die US-Amerikaner in den Philippinen dieselben Rechte wie Filipinos in den USA. Die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA in den Philippinen blieb auf Dauer so dominant, dass die am 4. Juli 1946 ausgerufene Republik der Philippinen faktisch eine Neokolonie blieb. Vor allem wegen der politischen Erpressbarkeit ihres ersten Präsidenten Manuel Roxas, der den japanischen Besatzern als Reiseintreiber gedient hatte. In Roxas' Amtszeit fiel auch die Entscheidung, Washington den Unterhalt und Ausbau der größten außerhalb des nordamerikanischen Kontinents befindlichen Militärbasen (darunter *Clark Air Field* und die *Subic Naval Base* der 7. US-Flotte) zu gestatten. Diese wiederum nutzte das US-Militär als bedeutsames logistisches Zentrum der Kriege gegen Korea (1950-53) sowie gegen Vietnam, Laos und Kambodscha (1965-75).

Kollektive Amnesie

Ignoranz und das Leugnen und Verdrängen der Opferschicksale sind Ausdruck einer bestimmten Haltung, Erziehung und Kultur des Vergessens, die im Nachkriegs-Japan politisch durchgesetzt wurde und bis heute öffentlich praktiziert wird. Doch Ignoranz und Vergessen beziehungsweise Politiken des Vergessen-Machens blieben keineswegs auf Japan beschränkt, wo alljährlich anlässlich der Gedenkfeiern der Atombombenabwürfe über Hiroshima (6. August) und Nagasaki (9. August) lediglich die Opferrolle betont wird.

Die Siegermacht USA betrieb während der Verhandlungen des Alliierten Kriegsgerichts für den Fernen Osten in Tokio eine perfide Politik, indem nicht einmal Anklage gegen die

Führungsriege der notorischen „Einheit 731“ erhoben wurde, die in China den qualvollen Tod zahlloser Zivilisten durch bakteriologische und chemische Kriegführung zu verantworten hatte. Der „intelligence value“, der nachrichtendienstliche Wert beziehungsweise die Verwertung dieser „Experimente an lebendigem Material“, wurde höher eingeschätzt als die Wahrung ethischer Normen und die Notwendigkeit juristischer Maßnahmen. Schließlich ging es darum, die Erkenntnisse der „Einheit 731“ kriegsrelevant, im Koreakrieg, zu nutzen.

In Korea sind erst in den vergangenen zwei Dekaden ernsthaft historische Studien betrieben worden, um Massaker an der Zivilbevölkerung kurz vor und während des Koreakrieges genauer zu untersuchen. In der Ära des Kalten Krieges stand außer Frage, dass solche Verbrechen von den nordkoreanischen Kommunisten verübt worden seien. Bis nach und nach ans Licht kam, dass solche Morde auf Anweisung hoher Militärs aus den USA und Südkorea erfolgten und von aufgebrachten rechten Bürgerwehren und Milizen exekutiert wurden. Zumindest unter Intellektuellen und Mitgliedern junger, geschichtsinteressierter Nichtregierungsorganisationen in Südkorea wächst die Einsicht, dass, wer Opfer angemessen gewürdigt sehen will, Täterrollen nicht verschweigen darf. Das betrifft beispielsweise Untersuchungen über die Rolle des koreanischen Wachpersonals während des Zweiten Weltkrieges im Dienste der Japaner sowie den Einsatz südkoreanischer Eliteeinheiten während des Vietnamkrieges. In beiden Fällen, so Aussagen von Betroffenen und Zeitzeugen, hätten jene sich äußerst brutal und sadistisch gebärdet.

Und in den schließlich unabhängig gewordenen Kolonien? Wo immer die jeweilige Befreiungs- oder Unabhängigkeitsbewegung schnell siegte – wie im Falle Indonesiens und Vietnams –, waren die politischen und sozialen Verhältnisse so undurchsichtig und die Probleme der Menschen so schwerwiegend, dass an eine Würdigung der zahlreichen Kriegsopfer nicht zu denken war. Bis heute wird weder in Indonesien noch in Malaysia (dem früheren Malaya) und Thailand von offizieller Seite der Hunderttausende *Romushas* (Zwangsarbeiter) gedacht. Bis heute bleibt, vor allem aus Gründen politischer Opportunität, das Verhältnis der VR China und Japan wegen des Nanking-Massakers (1937/38) angespannt. Duldete Beijing lange keine Opfer des japanischen Militarismus, sondern nur „Heroen des sozialistischen Aufbaus“, so ging man in Tokio davon aus, im „Großen Ostasiatischen Krieg“ für eine gerechte Sache, „Kampf gegen den weißen Kolonialismus und Imperialismus“, gekämpft zu haben. Opfer passten nicht ins (rechte Geschichts-)Bild und werden von einflussreichen politischen Kreisen in Japan schlichtweg noch immer geleugnet.

Auf dem indischen Subkontinent führte 1947 der siegreiche Kampf gegen die britische Kolonialherrschaft zur Gründung Pakistans, das unter anderem wegen der Kaschmir-Region in Konflikt mit Indien steht. Und seitdem Birma im Jahre 1948 seine Unabhängigkeit erhielt,

befand sich dessen riesiger Armee- und Geheimdienstapparat im permanenten Kriegszustand mit nationalen Minderheiten, die zumindest für größere Autonomie stritten. Allesamt Konflikte, die 73 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vielerorts noch ungelöst sind und schmerzlich nachwirken.

[«] Dr. **Rainer Werning**, Politikwissenschaftler & Publizist mit den Schwerpunkten Südost- und Ostasien, ist u.a. Philippinen- und (Nord-)Korea-Dozent an der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ) in Bonn-Röttgen. Er ist Koherausgeber der Ende des Jahres im Berliner regiospectra Verlag erscheinenden 6. Auflage des Handbuch Philippinen.*

Anmerkungen

- *Asami, Tadahiro (1972), in: Finanzierung und Entwicklung, Nr. 4, S. 52, Hamburg.*
- *Bergamini, David (1971): Japan's Imperial Conspiracy, New York/London.*
- *Ienaga, Saburo (1978): The Pacific War: World War II and The Japanese, 1931-1945, New York.*
- *Yanaga, Chitoshi (1968): Big Business in Japanese Politics, New Haven/London.*